

Ausland

Tages-Anzeiger vom 02.05.2005

Mit Verträgen gegen die atomare Gefahr

Nordkorea und der Iran wollen die Bombe, Terroristen auch, und die USA erwägen, Atom-anlagen mit Nuklearwaffen zu bekämpfen: Kapitulierte die Welt vor der atomaren Bedrohung?

Von Dominique Eigenmann

Seit nunmehr 35 Jahren gilt ein Vertrag, der die Bedrohung durch Atomwaffen weltweit einschränken soll. Staaten, welche die Bombe besitzen, haben sich darin verpflichtet, Wissen und Material zu ihrer Herstellung nicht weiterzugeben und ihr Arsenal abzurüsten, sobald dies möglich ist. Länder, die über keine Nuklearwaffen verfügen, geloben, weiter die Hand von der zerstörerischsten aller Massenvernichtungswaffen zu lassen, und erhalten im Gegenzug das uneingeschränkte Recht, die Atomkraft friedlich zu nutzen - so wollen es die wesentlichen Bestimmungen des so genannten Non-Proliferation Treaty (NPT), in Kraft getreten am 5. März 1970.

Damals war noch der Kalte Krieg, die Atomgefahr bestand aus den zwei Supermächten USA und Sowjetunion, die sich im «Gleichgewicht des Schreckens» neutralisierten. Wer nach dem Ende dieser Epoche 1989 glaubte, damit rücke auch ein Ende der Bedrohung durch Atomwaffen in Reichweite, sieht sich mehr als 15 Jahre danach enttäuscht: Die Gefahr, dass die Menschheit 60 Jahre nach Hiroshima einst erneut einen Atompilz über einer ausradierten Stadt wird aufsteigen sehen, ist nicht gesunken, sondern grösser denn je.

Länder, welche die Weltmacht USA als «Schurken» bezeichnet, streben entschlossen nach der Bombe (Iran) oder besitzen sie bereits (Nordkorea) und bringen dabei ihre Nachbarn (Japan etwa, Südkorea, die Türkei, Saudiarabien, Ägypten oder den Irak) in strategische Not und die Versuchung, es ihnen gleichzutun. Islamistische Terroristen bezeichnen es als «religiöse Pflicht», eine nukleare Waffe in ihren Besitz und zum Einsatz gegen den «gottlosen Feind» zu bringen. Sie und andere nicht staatliche Gruppen könnten sich auf einem internationalen Schwarzmarkt bedienen, der in der vergangenen Dekade - ausgehend von Pakistans Erbauer der Atombombe, Abdul Qadeer Khan - ein weltweites Netz gespannt hat, in dem sich von Bauplänen über Produktionsanlagen bis zu nuklearem Ausgangsmaterial fast alles frei Haus beziehen lässt.

Die Vereinigten Staaten haben auf die Gefahr dieser neuen atomaren Unordnung mit erhöhter Wachsamkeit und Aggressivität reagiert. In einer neuen Strategie drohte George W. Bush 2002 jedem «Schurken», der nach Nuklearwaffen greift oder diese Terroristen überlässt, präventiv den Krieg an, falls er sich nicht anders entwaffnen lasse. Die politisch heftig umstrittene Invasion im Irak 2003 begründeten die USA und ihre Alliierten ausdrücklich mit dem Ziel, Saddam Husseins Regime abzurüsten - nur um am Ende des Krieges festzustellen, dass der Irak schon seit Jahren über keine Massenvernichtungswaffen mehr verfügte. Gleichzeitig begannen die US-Streitkräfte an einer neuen taktischen Atombombe zu forschen, die unter dem verniedlichenden Namen «Mini-Nukes» fähig sein sollte, unterirdische Atomanlagen eines bedrohlichen Staates zu pulverisieren. Dieses Gebaren der Weltmacht hat die «Schurkenstaaten» aber nicht etwa eingeschüchtert, sondern vielmehr darin bestärkt, dass nur Atomwaffen sie davor schützen, von der US-Militärmacht überwältigt zu werden.

Ein Vertrag am Rande des Kollapses

All diese Entwicklungen zusammen haben das Vertragswerk der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen heute an den Rand des Kollapses gebracht. Die Krise ruft vehement nach einer Reform oder einem Neuanfang. «Ein Atomkrieg rückt näher», warnte selbst der ansonsten zurückhaltende Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Mohammed al-Baradei, kürzlich im «Spiegel», «wenn wir uns nicht auf ein neues internationales Kontrollsystem besinnen.»

Doch sind die bestehenden Verträge überhaupt noch zu retten? Und wenn nicht: Existiert

ein politischer Konsens, wie man neu anfangen könnte?

Antworten auf diese Fragen gibt die heute Montag am Uno-Hauptsitz in New York beginnende siebte Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags. Sie stellt die mehr als 180 NPT-Mitgliedsstaaten vor die Aufgabe, das Kontroll- und Abrüstungssystem den neuen Erfordernissen anzupassen. Geradewegs aufkündigen will den Vertrag niemand, dafür hat sich dieser in der Vergangenheit vor allem im Umgang mit Staaten, die bereit sind, auf Atomwaffen zu verzichten, als allzu nützlich herausgestellt. Auch unternimmt niemand den hochfliegenden Versuch, ein gänzlich neues Regelwerk vorzuschlagen. Die Parteien konzentrieren sich vielmehr darauf, Rechte und Pflichten, die der Vertrag festschreibt, neu zu interpretieren. Gelingen dürfte dies nur, wenn in den Verhandlungen alle Seiten geben und nehmen - das heisst, wenn es gelingt, den Tauschhandel zu erneuern, der die Vertragsparteien in den 60er-Jahren überhaupt erst zusammengebracht hatte.

Die USA, unterstützt von Ländern der EU sowie den nahöstlichen und asiatischen Alliierten, verfolgen in New York hauptsächlich das Ziel, die Pflichten der Nichtatomwaffenstaaten zu verschärfen und deren Rechte drastisch einzuschränken. Neu interpretiert werden soll vor allem das «uneingeschränkte Recht», Atomenergie zu zivilen Zwecken friedlich zu nutzen, wie dies Artikel 4 des NPT festhält. Der Grund dafür ist ein technischer: Experten und Kontrolleure sind sich heute einig, dass es faktisch nicht kontrollierbar ist, ob ein Staat ein «friedliches Atomprogramm» insgeheim zur Herstellung von Material für Atomwaffen missbraucht. Das stellt Grundlegendes in Frage. «Die bisherige Interpretation, dass jedes Land das Recht besitzt, bis ganz an die Schwelle zum Besitz waffenfähigen Urans oder Plutoniums zu gelangen, stellt die ursprünglichen Ziele des Vertrags jedenfalls auf den Kopf», folgert der US-Experte Henry D. Sokolski.

Die US-Regierung, zögerlich gefolgt von den grossen Staaten der EU, vertritt deswegen heute faktisch die Ansicht, dass der Beteuerung bestimmter Staaten, sie würden die Atomenergie nur friedlich nutzen, nicht getraut werden kann: Der Iran etwa wird deswegen ultimativ aufgefordert, auf die eigenständige Anreicherung von Uran - und damit auf einen eigenständigen kompletten Brennstoffkreislauf - zu verzichten. Diese Forderung unterbleibt aber beispielsweise an die Adresse der US-Alliierten Pakistan (das Atomstaat, aber kein NPT-Mitglied ist) oder Japan (das tonnenweise potenziell waffenfähiges Uran und Plutonium herstellt).

Um dem berechtigten Vorwurf, hier werde mit zwei Ellen gemessen, zu entgehen, verlangen unabhängige Experten und Atomkontrolleure der Uno, dass das Problem in einer Weise angepackt werden muss, die über den Fall des Iran hinausreicht. Sie schlagen vor, die Herstellung von angereichertem Uran und waffenfähigem Plutonium zunächst für fünf Jahre auf dem heutigen Stand einzufrieren. (In einer zweiten Phase liesse sich die Produktion stufenweise reduzieren.) Der Betrieb herkömmlicher Atomkraftwerke würde darunter nicht leiden, da es weltweit mehr als genug nukleares Brennmaterial gibt.

Die Zeit des Moratoriums soll dazu genützt werden, ein neues, multilateral kontrolliertes Verteilsystem für nukleare Brennstoffe aufzubauen. Anstatt jedem Staat das Recht einzuräumen, sein eigenes Material herzustellen, würden regionale Zentren die Brennstoffe unter rigoroser Aufsicht der IAEA für alle produzieren und dann jenen Ländern zur Verfügung stellen, die sie zum Betrieb ihrer Atomkraftwerke benötigen. «Ich möchte jedenfalls nicht 30 oder 40 Staaten sehen, die alle ihren eigenen Brennstoffkreislauf entwickeln», erklärt Mohammed al-Baradei. Dieser Ansatz würde insgesamt die Menge waffenfähigen Nuklearmaterials auf der Welt und damit das Proliferationsrisiko verringern; laut Experten wäre dies auch das beste Mittel, um zu verhindern, dass Terroristen die Möglichkeit erwerben, selber nukleare Sprengsätze herzustellen.

An die Seite dieser Einschränkung eines Rechts würde für die Nichtatomwaffenstaaten zudem die Verschärfung verschiedener Pflichten treten: Insbesondere müssten sie neu Kontrollen und Inspektionen nach dem Standard des strengen NPT-Zusatzprotokolls von 1997 zulassen. Dieses zwingt die Staaten, den Inspektoren der IAEA mehr Informationen über ihre Nuklearaktivitäten zu liefern und ihre Anlagen jederzeit für unangekündigte Kontrollen zu öffnen.

Noch Tausende von Sprengköpfen

So weit die Forderungen. Die Frage ist freilich, wie man die nuklearen Habenichtse dazu bringen könnte, den neuen verschärften Regeln zuzustimmen? Die meisten Experten sind sich einig: indem die Atomwaffenstaaten Ernst machen mit ihrer in Artikel 6 des

Atomwaffensperrvertrags fixierten Absicht, ihr Arsenal endgültig abzurüsten. Weit ist man damit noch nicht. Die USA und Russland haben zwar seit Ende des Kalten Kriegs ihren Atomwaffenbestand mehr als halbiert, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Sie besitzen aber immer noch Tausende von Sprengköpfen und lassen weiterhin keinerlei Absicht erkennen, ihren Abrüstungsgelübden Folge zu leisten. Dies gilt auch für die übrigen Atomwaffenstaaten.

Die Nichtatomwaffenstaaten fordern deshalb ultimativ, dass sich die Atomwaffenbesitzer (inklusive der Nicht-NPT-Mitglieder Pakistan, Indien und Israel) wieder verbindlich zur Abrüstung bekennen. Und zwar sollen sie einen Zeitplan vorlegen, der vorgibt, wie und wann die Bestände endgültig eliminiert werden. Von den USA wird überdies verlangt, dass sie sich verpflichten, keine neuen Atomwaffen zu entwickeln, endlich den Atomteststoppvertrag (CTBT) zu ratifizieren und überdies die strategische Rolle, welche die Nuklearwaffen in ihrer nationalen Sicherheitspolitik spielen, zu verringern.

Baradei fordert die Atommächte zudem dazu auf, in den Krisenregionen verstärkt diplomatisch tätig zu werden. So könnte man den teilweise nachvollziehbaren Sicherheitsängsten der so genannten Schurkenstaaten gerecht werden und damit zur Entspannung und Abrüstung beitragen.

So vernünftig all diese Vorschläge und Ermahnungen klingen mögen, in der Welt der realen Machtpolitik vermögen sie sich nur schwer oder gar nicht zu behaupten. So ist auch an der nun beginnenden NPT-Überprüfungskonferenz nicht mit einem Durchbruch, sondern eher mit einem Fiasko zu rechnen. Allzu weit gehen die Interessen und Forderungen der Parteien auseinander. Viele Nichtatomwaffenstaaten beharren eisern auf ihrem Recht, ihre Atomkraftwerke mit Brennstoff aus eigener Produktion zu alimentieren, und sehen nicht ein, warum sie ihre Souveränität in diesem Bereich aufgeben sollen.

Die US-Regierung wiederum dringt mit aller Kraft darauf, unliebsame Staaten von Atomwaffen fern zu halten, und behält sich alle Optionen offen, um auch ausserhalb des NPT-Rahmens gegen «Schurken» vorgehen zu können. Darum beharren die USA auch auf dem Recht, neue Atomwaffen zu entwickeln und allenfalls gegen einen Gegner, der mit Massenvernichtungswaffen droht, als Erste einzusetzen.

Wie schwierig es sein wird, zwischen diesen Maximalforderungen zu vermitteln, mag der Umstand belegen, dass es den NPT-Mitgliedern in drei Vorbereitungskonferenzen nicht einmal gelungen ist, sich auf elementare Verfahrensfragen und eine gemeinsame Agenda zu einigen. Der kanadische Abrüstungsexperte Douglas Roche glaubt, dass allenfalls eine Gruppe von «mittleren Staaten» die Blockade lösen könnte. Zu ihnen zählt er die Mitglieder der so genannten Neuen Agenda (Brasilien, Ägypten, Irland, Mexiko, Neuseeland, Südafrika, Schweden), weitere EU- und Nato-Mitglieder sowie gleich gesinnte Länder, die keine Atomwaffen besitzen. «Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und nukleare Abrüstung sind zwei Seiten einer Medaille und müssen gleich energisch verfolgt werden», lautet das Credo dieser Gruppe. Nach Ansicht vieler Experten ist diese Einsicht der einzige Schlüssel zu einer Zukunft, in der sich die Menschen nicht mehr vor Atomwaffen fürchten müssen.